

Migration und Identität in der europäischen Zeitgeschichte - eine historisch-politische Analyse aus polnischer und deutscher Perspektive

Brüssel, 6. April 2016

Deutschland und Polen verbinden verblüffende historische Ähnlichkeiten und gravierende Unterschiede. Asymmetrisch sind noch immer die wirtschaftlichen und politischen Potentiale der beiden Nachbarn. Die Bundesrepublik ist heute im, wenn nicht DAS Zentrum der EU, während Polen, trotz aller Erfolge der letzten 25 Jahre zwar kein Schlusslicht, aber immer noch ein Teil der EU-Peripherie ist.

Das bestätigte auch indirekt der polnische Außenminister in seinem FAZ-Essay von Montag. Er komplimentierte Deutschland nicht nur anlässlich des 25. Jahrestages des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages vom Juni 1991, erwähnte aber mit keinem Wort das „Weimarer Dreieck“, das Polen – quasi als Juniorpartner - an „Kerneuropa“ heranführen sollte. Stattdessen erörterte Witold Waszczykowski die Vorzüge der V4-Gruppe, des Visegráder Vierecks – und dehnte es sogar Richtung Bulgarien und Skandinavien aus.

In Polen ist es derzeit eine Lieblingsidee der Nationalkonservativen, in historischen „langen Linien“ zu denken: Mal knüpft man an Piłsudskis Idee des Intermarium zwischen Adria, Schwarzem Meer und Ostsee, mal an den Versuch der Jagiellonen, Anfang des 15. Jahrhunderts Polen/Litauen, Böhmen und Ungarn dynastisch zu vereinigen, oder auch an die Idee der Vasa im 17. Jahrhundert an, die Ostsee zu einem dynastischen Binnenmeer zu machen. Polen als Bindeglied eines „Zwischeneuropa“ also - mit einem revisionistischen Russland auf der einen und dem an Euro-Europa angeketteten Deutschland auf der anderen? Polen als ein EU-Mitglied, aber auf keinen Fall einer immer engeren Euro-Union, wie sie Brendan Simms und Benjamin Zeeb in ihrem Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa „Europa am Abgrund?“ anmahnen, in dem sie den Europäern die amerikanischen „federalists papers“ unter die Nase reiben.

Und bereits dort wurde die traurige historische deutsch-polnische Gemeinsamkeit erörtert. Die Gründerväter der amerikanischen Verfassung, James Madison und Alexander Hamilton, untersuchten europäischen

Föderationen, darunter das Heilige Römische Reich und die (noch existierende) polnisch-litauische Union, und kamen zu dem Schluss, dass es sich bei ihnen um einen „nervenlosen Körper“ handele, „unfähig zur Selbstregierung und Selbstverteidigung“. Sie stützten sich schließlich auf die Anglo-Schottische Union von 1707. Ein interessanter Hinweis angesichts der häufigen Beteuerungen in Deutschland und Polen, dass es auf keinen Fall „Vereinigte Staaten von Europa“ geben werde, das Zukunftsmodell sie vielmehr eine Rückbesinnung auf die lockeren Strukturen des mittelalterlichen Europa – das konnte man vergangenes Wochenende wiederum in der konservativen Warschauer Tageszeitung „Rzeczpospolita“ lesen.

Das europäische Mittelalter – müsste man einwenden - kann aber schlecht mit der Vorstellung von der Nation als einer „Grundgemeinschaft“, wie Minister Waszczykowski es ausgedrückt, auf einen Nenner gebracht werden, da es im Mittelalter keine Nationen und Nationalstaaten im heutigen Sinne gab. Es war vorwiegend von den „kosmopolitischen“ Strukturen der Kirche, des Rittertums, des Adels und der Gelehrten organisiert und von ständige Massenmigrationen geprägt. Erwähnt seien nur die „Völkerwanderungen“, die ungarische „Landnahme“ in Pannonien 895, die deutsche Ostsiedlung, nachdem die Mongolen Ostmitteleuropa im 13. Jahrhundert verwüstet hatten, die Vertreibung der Mauren aus Spanien und die Ansiedlung der Juden in Polen im 14. Jahrhundert. Auch dem ursprünglich universellen Heiligen Römischen Reich wurde die „deutsche Nation“ erst am Ende des 15. Jahrhunderts hinzugefügt. Kurzum, historisch gesehen sind wir alle in Europa irgendwie Nachkommen von Migranten in der Neuzeit, von Konfessionsflüchtlingen während der Religionskriege im 16. oder 17. Jahrhundert, der politischen Emigration während der europäischen Revolutionen im 18. und 19. Jahrhunderte, der sozialen Massenmigrationen im 19. und den ethnischen Säuberungen und Grenzverschiebungen im 20. Jahrhundert.

Nationen sind nie in Granit gehauene, quasi gottgegebene Größen, sondern wandelten sich ständig. Natio bedeutete im Mittelalter keine ethnische oder konfessionelle, sondern eine ständische Zugehörigkeit zum Adel. In der polnischen Geschichte rückten z.B. die Bauern eigentlich erst Ende des 19. Jahrhunderts zu vollwertigen Mitträgern der politischen polnischen Nation auf, davor waren sie, dem Frondienst verpflichtet, „die Hiesigen“ polnischer Zunge, die für den katholischen Glauben standen, aber nicht unbedingt für die polnische Staatlichkeit. Die war nämlich vor den Teilungen Polen/Litauens Ende des 18.

Jahrhunderts multiethnisch, multikonfessionell und multikulturell. Und auch danach wurde sie so wahrgenommen: im russischen, österreichischen und preußischen Teilungsgebiet Polens. Man wehrte sich gegen die Germanisierung- bzw. Russifizierung in der eigenen Umgebung, doch die nationale Solidarität der Polen zwischen den drei Teilungsgebieten hielt sich in Grenzen. Der gleichzeitige Kollaps aller drei Teilungsmächte infolge des Ersten Weltkrieges machte 1918 dann die Restitution des polnischen Staates möglich. Und die Grenzkriege bewiesen die Zusammengehörigkeit der Polen aller drei Teilungen. Dennoch war Nachkriegspolen kein Nationalstaat sensu stricto. Etwa ein Drittel der Staatsbürger gehörte ethnischen oder religiösen Minderheiten an: Juden, Deutsche, Ukrainer, Litauer, Weißrussen. Und auch das polnische nationale Selbstverständnis war diffus – meistens an die polnische Sprache, Kultur und Herkunft gebunden, oft auch an die katholische Prägung, und nur in seltenen Fällen „rassisch“ unterfüttert, dafür war die ständige Präsenz der „Anderen“ in der eigenen Umgebung und die „Vermischung“ mit ihnen zu augenfällig.

Der Zweite Weltkrieg zerstörte diese bunte und ebenso spannende wie spannungsreiche Welt des ständigen Neben- und Miteinanders. Die fast vollständige Vernichtung der ostmitteleuropäischen Juden infolge der nazistischen „Flurbereinigung“ im eroberten „deutschen Siedlungsraum“ sowie die Flucht, Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus dem in Jalta und Potsdam „westverschobenen“ Polen hatten zur Folge, dass Nachkriegspolen zum ersten Mal in seiner Geschichte „ethnisch“ fast homogen polnisch geworden ist. Diesen „Kollateralgewinn“ des Zweiten Weltkrieges strichen nicht nur die kommunistische Propaganda, sondern auch viele Nationalkatholiken heraus: Wir sind zwar nicht souverän, dafür aber endlich „unter uns“. Die Präsenz der Deutschen, Ukrainer und Juden wurde übergangen, ebenso wie die der griechischen politischen Emigranten. Polen war ein von Moskau abhängiger, aber ein Nationalstaat.

Die Revolution 1989 und die Öffnung des Landes hat daran nicht viel geändert. Polen verstand sich als und war auch ein Auswanderungsland: Hunderttausende in den 80er Jahre als „Emigration der Solidarność“, bis zu zwei Millionen junge Polen als „Arbeitstouristen“ in den 90er und Nulljahren. Man sah zwar russische, weißrussische, auch kaukasische Händler auf den Schwarzmärkten. Man wusste, dass etwa eine Million Ukrainer sich infolge des kleinen Grenzverkehrs in Polen aufhalten, oder hin- und herpendeln. Man wusste aber auch, dass von den 70.000 Tschetschenen, die in Polen Asyl gesucht und

gefunden hatten, die meisten später entweder zurückgingen oder weiter nach Westen zogen. Polen war und verstand sich nicht als Einwanderungsland. Noch nicht.

Die Flüchtlingskrise im Sommer 2015 erwischte Polen auf dem völlig falschen Fuß, auch weil sie mitten in die heiße Phase des Superwahljahrs der Präsidentschafts- und der Parlamentswahlen platzte. Die früheren Wellen - Lampedusa, Griechenland 2008 - wurden als etwas Fernes und Polen nicht Betreffendes wahrgenommen. Das sind Wirtschaftsflüchtlinge, und sie wollen nicht zu uns, sondern in die reichen westeuropäischen Staaten, hieß es. Auch die „Balkanroute“ 2015 verlief immer noch weit weg von Polen. Der aus dem Meer gefischte tote syrische Junge löste in Polen ähnliches Mitgefühl und Entsetzen aus wie in Deutschland. Auch Angela Merkels Entscheidung, die Grenze für die Flüchtlinge, die in Budapest auf dem Bahnhof kampierten, zu öffnen, wurde von weiten Teilen der Öffentlichkeit als eine große Geste gewürdigt. Um die Aufnahme jener 7-10.000 Flüchtlinge, die die damalige Ministerpräsidentin versprach, brach jedoch eine erbitterte und gehässig geführte Kampagne aus: „Die im Westen haben sich zwei Millionen der unternehmungslustigsten Polen an Land gezogen. Und uns wollen sie nun Tausende von Flüchtlingen schicken, die sie selbst, ohne uns zu konsultieren, eingeladen haben, und nun wissen sie nicht, wohin mit ihnen.“ Das war noch die moderate Form der Ablehnung. Die diplomatische war: Wir haben bereits Hunderttausende Flüchtlinge aus der Ukraine, und als die Ukraine dies bestritt, kam die korrigierte Form: Wir bereiten uns darauf vor...

In Deutschland hört man oft die Frage, was ist im Lande der „Solidarität“, das während des Kriegszustandes selbst die Solidarität und das Mitgefühl seiner westlichen Nachbarn empfing, in den letzten 25 Jahren nur passiert ist? Woher dieser nationale Egoismus in einem Lande, das stolz darauf ist, sich in der Vergangenheit „für eure und unsere Freiheit“ eingesetzt zu haben?

Die Antwort darauf ist komplex. Erstens ist Polen tatsächlich mit Immigration und insbesondere von Muslimen nicht vertraut. Zweitens befindet sich das Land mitten im tiefsten Generationswechsel seit 1945. Zu Wort melden sich zum ersten Mal junge Leute, für die selbst das Jahr 1989, geschweige denn 1945 oder 1968, nur ein Datum im Geschichtsbuch ist. Sie kennen nicht - wie ihre älteren Verwandten - das Hochgefühl eines Aufbruchs, sondern nur die Unsicherheit, überhaupt Fuß in der Gesellschaft zu fassen. Das Ergebnis einer Umfrage, wonach 80 Prozent der jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren für

Grenzkontrollen und Grenzüberwachung in Schengen-Europa sind, ist ein Alarmzeichen. Die Freizügigkeit ist für sie eine abstrakte Selbstverständlichkeit, die Gefahren, die sie in den Fernsehnachrichten sehen, dagegen real – der Terrorismus in Paris oder Brüssel, die Silvesternacht in Köln oder der Massensturm auf die Grenzzäune in Mazedonien. Diese jungen, tatkräftigen Menschen nehmen sie gar nicht als „Verdammte dieser Erde“, sondern als physische Bedrohung wahr. Diese Migration – und das ist der dritte Punkt – empfinden sie, wie es der bulgarische Politologe Ivan Krastev in der FAZ einleuchtend darstellte, als eine neue Revolution, getragen von Einzelnen und Familien und nicht von Zukunftsbildern, wie Ideologen sie einst malten, inspiriert, sondern von den im Internet verbreiteten Bildern des Lebens in Westeuropa, das sie selbst – die jungen Polen, Rumänen oder Bulgaren – ebenfalls noch nicht genießen. Diese Migrantenrevolution löst in Europa tatsächlich eine Gegenrevolution aus. „Was wir heute erleben“, stellte Krastev präzise fest, „ist kein Mangel an Solidarität, wie Brüssel dies behauptet, sondern ein Zusammenstoß zwischen verschiedenen Arten von Solidarität: zwischen nationaler, ethnischer und religiöser Solidarität auf der einen und unserer Pflicht als Menschen auf der anderen Seite.“

Die Schlussfolgerung ist demnach nicht fehl am Platze, dass kurzfristig der polnische Außenminister nicht unrecht hat. In seinem FAZ-Essay, in dem bezeichnenderweise von der „Migrationskrise“ die Rede ist, das Wort „Flüchtlinge“ aber nicht vorkommt, macht er geltend, dass es Vereinigte Staaten von Europa nicht gebe, weil die europäische Identität keine Hauptrolle spiele. „Das Streben nach einem föderalen Europa kann allein das Gegenteil bewirken und den Zerfall der EU näherbringen. Die Bürger der Gemeinschaft verstehen nicht, warum supranationale Institutionen über die für sie wichtigsten Fragen entscheiden sollen.“

Dennoch hoffe ich – und auch etwas befürchte -, dass mittelfristig doch die beiden Briten, Simms und Zeeb, recht bekommen werden. Es gibt kein zurück zu de Gaulles Europa der Vaterländer mit der „Politik des leeren Stuhls“ mal des einen, mal des anderen Staates. Die Überlagerung multipler Krisen – der Verschuldung in der Eurozone, des Brexit, der Flüchtlings- oder meinerwegen „Migrationskrise“, und - nicht zu vergessen - des imperialen Revisionismus’ Russlands kann durchaus einen neuen Gründungsakt der EU des 21. Jahrhunderts erzwingen. Getragen wird sie dann tatsächlich von einer Generation, für die der Zweite Weltkrieg, die deutsch-französische oder deutsch-polnische Versöhnung und die ostmitteleuropäische Revolution des Jahres 1989 längst von ihren eigenen Krisenerfahrungen überschattet werden.

Die polnische Sprache kennt für das griechische Wort κρίσις sowohl das weltweit verständliche „kryzys“, das allerdings die Richtung ihrer Überwindung z.B. im Krankheitsverlauf völlig offen lässt, als auch das bodenständige „przesilenie“ – den Wendepunkt zur Genesung. Die beiden Briten sehen sie nicht in einem Schritt zurück, sondern nach vorn – auch in der europäischen Einwanderungspolitik. Viele Polen schrecken davor zurück...